



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu „Straftaten sind keine Form legitimen Protests – Schleswig-Holstein verurteilt
Aktionen der „Letzten Generation““ (Drucksache 20/1104)

Der Landtag lehnt strafbare Aktionen der „Letzten Generation“ entschieden ab

Der Landtag wolle beschließen:

Der Klimawandel ist kein theoretisches Problem der Zukunft, sondern eine politische Aufgabe der Gegenwart. Der Landtag bekennt sich zu seiner historischen Verantwortung, die Auswirkungen des Klimawandels so gering wie möglich zu halten und zu seinem Auftrag, Schleswig-Holstein bis 2040 zum ersten klimaneutralen Industrieland zu entwickeln.

Straftaten sind kein geeignetes Mittel zur Durchsetzung politischer Forderungen. Das Vorgehen der „Letzten Generation“ hat durch die gezielte Schädigung von Privatpersonen eine neue Dimension erreicht. Der Landtag lehnt strafbare Aktionen der „Letzten Generation“ entschieden ab. Sachbeschädigungen und andere Straftaten müssen selbstverständlich konsequent verfolgt werden.

Der Landtag stellt fest, dass die Aktionen der „Letzten Generation“ meist zu öffentlichen Debatten über die Legitimität einzelner Aktionsformen führen, statt über das angegebene politische Ziel, den Klimaschutz. Das stärkt weder die Akzeptanz

von Klimaschutzmaßnahmen in der Gesellschaft noch den gesellschaftlichen Zusammenhalt, der zur Erreichung der ambitionierten Klimaziele notwendig ist.

Das Demonstrationsrecht ist eines der höchsten Verfassungsgüter und Grundlage einer freiheitlichen Demokratie. Hierzu gehört auch, dass der Protest den Regierenden nicht gefallen muss und im Einzelfall auch stören darf. Gleichzeitig muss er aber unter Berücksichtigung des durch das Grundgesetz vorgesehenen Rahmens, also insbesondere unter ausreichender Berücksichtigung des Schutzes von Grundrechten Dritter, erfolgen.

Der Landtag bekennt sich dazu, dass die Kritik an politischen Entscheidungen auf vielfältige, auch störende, aber gewaltfreie Art und Weise an die Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger adressiert werden kann.

Vor diesem Hintergrund bedankt sich der Landtag auch bei der Schleswig-holsteinischen Polizei, die bisher ausnahmslos schnell und verhältnismäßig auf die Aktionen reagiert hat.

Birte Glißmann
und Fraktion

Lasse Petersdotter
und Fraktion